

Hering: Bund wird Alternativtrasse prüfen

Rheinland-Pfalz und Hessen wollen Güterverkehr aus Rheintal verbannen

bad. REGION Rheinland-Pfalz und Hessen unterstützen die Forderung nach einer Alternativstrecke zum Mittelh Rheintal für den Güterverkehr, betont der rheinland-pfälzische Verkehrsminister Hendrik Hering (SPD) in einem Schreiben an das Bürger Netzwerk Pro Rheintal. Er reagiert damit auf eine Resolution von Pro Rheintal, die beim Besuch von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee in Bingen am 6. September an die Politiker übergeben wurde. Beide Bundesländer hätten

den Vorschlag einer Alternativstrecke an den Bund herangetragen. Er solle im Rahmen der kommenden Bundesverkehrswegeplanung konkret geprüft werden, so Hering. Eine Entlastung des Rheintals sei damit aber nur langfristig zu erreichen.

Eine Verzögerungstaktik wie sie auch die Landratskandidatin im Kreis Mainz-Bingen, Dorothea Schäfer (CDU) sowie die Kreistagsmitglieder Ingeborg Rosemann-Kallweit (CDU/Rhein-Nahe) und Stefan Pohl (CDU/Bingen) Minis-

ter Tiefensee vorwerfen, weist Hering zurück. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen belegten eindeutig, dass es sich bei den Aussagen der Politik keineswegs um Lippenbekenntnisse handele. Rund 90 Millionen Euro habe der Bund bislang in den Lärmschutz investiert. Darüber hinaus habe die europäische Politik dafür gesorgt, dass neue Güterwagen grundsätzlich nur noch mit lärmarmen Bremsen ausgerüstet werden. Die Güterwagen der Schweizer Eisenbahn, die im Rheintal häufig anzutreffen seien, seien

sogar heute bereits größtenteils auf lärmarme Bremsen umgerüstet. Er gehe davon aus, dass auch in Deutschland in 2009 mit der Umrüstung begonnen werden könne, erklärte Hering. Die Länder forderten schon seit längerem vom Bund eine Überarbeitung der Lärmschutzvorschriften mit dem Ziel, ein niedrigeres Lärmniveau festzuschreiben. Eine Reduzierung der Zuggeschwindigkeiten auf 50 Stundenkilometer komme aus Sicht des Bundes wegen des Kapazitätsverlustes nicht in Betracht.